

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP): Police Bern: Wer kontrolliert die polizeilichen Leistungen?

Seit dem 1.1.2008 ist Police Bern für die polizeilichen Dienstleistungen in der Stadt Bern zuständig. Diese sind im Ressourcenvertrag mit dem Kanton Bern geregelt. Die Stadt, insbesondere der Gemeinderat, sollte ein Controlling über die Erbringung dieser Leistungen führen und die strategischen Ziele in den verschiedenen Bereichen vorgeben.

In jüngster Zeit entsteht immer mehr der Verdacht, dass Police Bern ein Eigenleben führt, sich wenig um die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung kümmert und ihre polizeilichen Aufgaben nach ihrem Gutdünken speziell auch an den sozialen Schwerpunkten gestaltet. Gleichzeitig will uns der Kanton in der Person des Polizeidirektors klar machen, dass die Stadt mehr polizeiliche Dienstleistungen braucht.

Von Aussen betrachtet entsteht der Verdacht, dass zuwenig klar kommuniziert wird. Es scheint auch, dass der Gemeinderat seiner wichtigen Controlling- und Führungsaufgaben zu wenig nachkommt. Die Gestaltung der Schnittstelle zwischen Gemeinderat und Police Bern bedarf offensichtlich noch weiterer Verbesserungen.

Deshalb bitten wir in diesem Zusammenhang den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Mit welchen Controllinginstrumenten überwacht der Gemeinderat die im Ressourcenvertrag vereinbarte Erbringung der polizeilichen Leistungen?
2. In welcher Form und mit welcher Häufigkeit werden vom Gemeinderat die strategischen Schwerpunktsetzungen der Polizeiarbeit festgelegt?
3. Welche Massnahmen werden vom Gemeinderat ergriffen, falls sich Police Berne nicht an die strategischen Vorgaben und die im Ressourcenvertrag festgelegten Leistungen hält?
4. Sind schon Veränderungen für die Definition der Leistungen und die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat für die Neuaushandlung des Ressourcenvertrages absehbar?

Bern, 16. Oktober 2008

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, SP), Beat Zobrist, Annette Lehmann, Gisela Vollmer, Markus Lüthi, Beni Hirt, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Michael Aebersold, Claudia Kuster, Ursula Marti, Hasim Sönmez, Hasim Sancar, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf

Antwort des Gemeinderats

Unabhängig von Kennzahlen- und Controllingsystemen ist es das oberste Ziel des Gemeinderats, ein hohes Sicherheitsniveau in der Stadt Bern aufrecht zu erhalten.

Die Kantonspolizei erbringt der Stadt Bern jene Leistungen im Bereich der Sicherheits- und Verkehrspolizei, die vor 2008 bereits die Stadtpolizei erbracht hat. Im Vergleich mit anderen Städten fällt auf, dass die Stadt Bern schon heute mit Abstand die höchsten Sicherheitskos-

ten im ganzen Kanton zu tragen hat: Fr. 231.00 pro Einwohner bzw. Einwohnerin (Biel: Fr. 187.00, Thun Fr. 88.00).

Der Leistungsumfang ist in Anhang 1 zum Ressourcenvertrag definiert. Eine stunden- oder betragsmässige Quantifizierung der dort aufgeführten Aufgaben war nicht möglich, weil Vergleiche zwischen der Stadtpolizei und Kantonspolizei aufgrund der unterschiedlichen Organisation, differierender Prozessabläufe und eines nicht deckungsgleichen Zuständigkeitsgebiets nicht aussagekräftig gewesen wären. Hinzu kamen schwierige Abgrenzungsfragen zwischen Sicherheits- und Gerichtspolizei. Der Kontrolle und dem Controlling sind ausserdem dadurch Grenzen gesetzt, dass die Stadt Bern im Bereich der öffentlichen Sicherheit lediglich noch strategisch-politische Aufgaben wahrnehmen kann. Die Steuerung dieser Aufgaben erfolgt über die Jahresplanung, Schwerpunktsetzung und strategische Einflussnahme bei Einzelergebnissen (wie z.B. bei Kundgebungen). Entsprechend richtet sich das Leistungscontrolling an diesen strategischen Instrumenten aus.

Zu Frage 1:

Gemäss Artikel 6 des Ressourcenvertrags vom 17. April 2007 gibt die Stadt jeweils im September die Jahresplanung für das kommende Jahr vor. Die Jahresplanung fliesst in das Produktgruppenbudget ein, welches vom Stadtrat und den Stimmberechtigten verabschiedet wird. Unter dem Jahr wird die Kantonspolizei Bern zuhänden der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie quartalsweise über die in der Jahresplanung festgelegten Kennzahlen und Steuerungsvorgaben rapportieren. Diese stellen einen Mix aus leistungs- und wirkungsorientierten Kennzahlen dar. Ebenfalls erfasst werden von der Kantonspolizei die für die Stadt Bern geleisteten Stunden in den gemäss Steuerungsvorgaben definierten Bereichen.

Im Bereich der Schwerpunktsetzung und Steuerung von Einzelereignissen erfolgen Absprachen und Kontrollen im Rahmen der alle drei Wochen stattfindenden Sitzungen des Koordinationsausschusses, zu welchen der Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie mit dem Chef Regionalpolizei Bern zusammen kommt. An diesen Sitzungen erfolgt auf der Basis der aktuellen Lagebeurteilung die gemeinsame Feinsteuerung der Jahresplanung und aktueller Ereignisse.

Weitere Aussagen zur polizeilichen Tätigkeit lassen sich darüber hinaus dem Jahresbericht entnehmen, welcher dem Stadtrat vorgelegt wird. Vertiefte Kennzahlen enthält sodann die Polizeikriminalstatistik (PKS). Sie gibt Auskunft über die Kriminalitätslage in der Stadt Bern und wird jeweils per Ende Jahr detailliert erstellt und der Stadt im ersten Quartal zur Verfügung gestellt. Der Bund führt zurzeit ein Projekt, um die PKS zusammen mit den Kantonen zu vereinheitlichen. Ab 2010 sollten die Daten schweizweit vergleichbar sein. Die Kantonspolizei Bern beabsichtigt, der Stadt ab 2009 quartalsweise einen Zusammenzug der für städtische Verhältnisse relevanten Daten zur Verfügung zu stellen.

Zu Frage 2:

Die oben erwähnten Sitzungen des Koordinationsausschusses, welche alle drei Wochen stattfinden, werden protokolliert. Das Setzen von Schwerpunkten richtet sich nach der aktuellen Lage und erfolgt in unterschiedlichen Zeitabständen.

Zu Frage 3:

Sollte dies vorkommen, würde in erster Linie das Gespräch mit dem Vertragspartner gesucht. Würde die Stadt erhebliche Abweichungen von den vereinbarten Leistungen feststellen, käme es zu einer Neuverhandlung des Ressourcenvertrags.

Zu Frage 4:

Das erste Jahr der Einheitspolizei ist gerade erst abgelaufen. Ausserdem wird das Jahr 2008 wegen der EURO 08 nur bedingt aussagekräftig werden. Eine seriöse Beurteilung der Vor- und Nachteile des geltenden Ressourcenvertrags wird somit frühestens 2010 möglich sein.

Bern, 11. Februar 2009

Der Gemeinderat